

beitragen, daß die Besucher mehrere Tage in Macau blieben: „The Venetian Macau is truly a destination within itself and its presence will help Macau realize its future as a multi-day stay leisure and business destination for millions of people across the region!“ (Ebenda) Weidner erhofft sich im Venetian eine Übernachtungsdauer der Gäste von drei bis vier Tagen im Vergleich zu den jetzt 1,2 Nächten in den anderen Hotels in Macau. In der ersten Woche kamen über 500.000 Besucher ins Venetian Macau, was der gesamten Einwohnerzahl Macaus entspricht. LVS hatte im Jahr 2004 das erste US-amerikanische Kasino in Macau eröffnet, das Sands Macau, das seine Investitionen von 265 Mio. USD in nicht einmal einem Jahr wiedereingebracht hat. Durch das neue Kasino hat sich Macaus Glücksspielkapazität um 28% vergrößert. Das Venetian Macau setzt Rekorde in vielerlei Hinsicht: es ist der Welt größtes Kasino mit einer Fläche von 180.000 qm (dreimal so viel wie das größte Kasino in Las Vegas), 870 Spieltischen und 3.400 Automaten. Seine Kongress- und Ausstellungsfläche ist mit rund 400.000 qm doppelt so groß wie das Hong Kong Convention and Exhibition Centre, die Venetian Arena mit 15.000 Plätzen ist etwa so groß wie der Madison Square Garden, das Venetian Theatre mit 1.800 Plätzen zeigt Produktionen des Cirque Soleil, das Catering kann 15.000 Personen gleichzeitig mit einem fünfgängigen Menu bewirten, eine Shopping Mall – Grand Canal Shoppes nach dem Vorbild des Schwesterhotels in Las Vegas – mit 350 Läden aller renommierten Marken und drei Indoor-Kanälen mit singenden Gondolieren. Im Mai standen bereits 44 Aus-

stellungen für die nächsten zwei Jahre fest. Tagungsgäste sollen zwei Drittel, Touristen und High Rollers ein Drittel der Zimmer belegen. Adelson meint, dass sich das Venetian in drei bis fünf Jahren amortisiert. Mit der Eröffnung des Venetian hat sich Macaus Zimmerangebot auf einen Schlag um 23% erhöht. Das Venetian Macau wird das Kernstück von insgesamt 14 Hotels sein, die LVS für 11 bis 14 Mrd. USD auf dem Cotai Strip bauen will. (<http://www.atimes.com>, 5.9.07; www.reuters.com, 27.8.07; www.channelnewsasia.com, <http://biz.yahoo.com>, <http://edition.cnn.com>, 28.8.07; www.ihf.com, 25., 27.08; www.macauhub.com.mo, 27.8.07; www.brisbanetimes.com.au, 26.8.07; www.inbusinesslasvegas.com, 24.8.07; www.smh.com.au, 29.8.07; SCMP, 29.8.07; ST, 27., 29.8.07; FAZ, 19.7.07; FT, 28.8.07; NZZ, 22.8.07)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

Taiwan in die UNO? Ein Überblick

Das große Thema im September 2007 war Taiwans Drängen auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen (UNO). Es spielte sich gleichzeitig auf zwei Schauplätzen ab: Am UNO-Sitz New York, wo es Taiwans Antrag inoffiziell immerhin bis ins Plenum schaffte, und in Taiwan selbst, wo die Vorbereitungen auf ein diesbezügliches Volksvotum vorangetrieben wurden. Vor allem mit dem Referendumsplan setzt sich Taiwans Regierung weiterhin über immer ernstere Warnungen aus Washington hinweg und

begibt sich ohne jede Aussicht auf Erfolg in der Sache um der Rechthaberei, des Wahlkampfes und der internationalen Publicity willen in immer gefährlichere Isolation – samt Kriegsrisiko. Kaum zu sehen ist dabei die Opposition: Die hat Angst, bei den kommenden Wahlen als untaiwanisch zu gelten und propagiert ihr eigenes UNO-Beitrittsreferendum.

Taiwan in die UNO? UN-Vollversammlung debattiert

Präsident Chen Shui-bian setzt alles daran, gegen Ende seiner zweiten, durch Stagnation und Skandale geprägten Amtszeit Taiwan auf die Bühne der internationalen Politik zu hieven. Nachdem sein Antrag an die Vereinten Nationen, die Inselrepublik unter dem Namen „Taiwan“ aufzunehmen, bereits im Juli von Generalsekretär Ban Ki-moon zurückgewiesen worden war, versuchte Chen es gleich darauf erneut (vgl. C.a., 4/2007:164f.). Dieses Mal setzten sich 15 von Taiwans Alliierten für die Sache ein und stellten den Antrag, Taiwans Beitrittswunsch auf die Tagesordnung der am 18. September beginnenden Sitzung der Generalversammlung zu setzen. Der Geschäftsordnungsausschuss der Generalversammlung beschloss jedoch, Taiwans Antrag nicht im Plenum zu behandeln. Als der Generalversammlung die Tagesordnung zur Abstimmung vorgelegt wurde, protestierten dann aber Taiwans Verbündete, sodass es außerhalb der Tagesordnung schließlich doch noch zu einer Art indirekter Debatte über Taiwans Status kam. Die Auseinandersetzung beschäftigte die Generalversammlung vier Stunden lang – mit vorhersehbarem Ergebnis: 141 Staa-

ten sprachen sich für Beijings Ein-China-Doktrin aus; für Taiwan ergriffen 16 Staaten das Wort. Während sich die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan nicht an der Debatte beteiligten, stimmten Großbritannien und Frankreich der Entscheidung des Geschäftsordnungsausschusses zwar zu, forderten China aber auch auf, seine Probleme mit Taiwan friedlich zu lösen.

Taiwans einziger Erfolg, wenn es denn einer war, bestand darin, dass der Beitrittsantrag dieses Mal in den internationalen Medien erheblich mehr Beachtung fand als sonst üblich. Bereits Anfang September sprach Taibeis Regierungspressestelle von einer Steigerung auf das Vierfache. Den Unwillen Chinas erregte insbesondere ein Kommentar im *Wall Street Journal*, in dem der US-Konservative Bob Dole, einst Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Taiwans Eigenstaatlichkeit vehement bejahte und eine Aufnahme in die Vereinten Nationen befürwortete.

Auch Taiwan eher wohlgesonnene Stimmen übten dagegen Kritik an Taibeis Vorgehen und wiesen darauf hin, dass Taiwan größerer Schaden als Nutzen drohe. Bedenken äußerte erneut Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian): Es bestehe die Gefahr, dass China versuchen werde, durch eine neue UN-Resolution Taiwan als Teil Chinas feststellen zu lassen – die UNO-Generalversammlung hat zu der Frage bislang nicht formell Stellung bezogen. Parlamentsvorsitzender Wang Jin-pyng (Wang Jinping, KMT) erklärte, Taiwans Regierung solle sich besser auf Themen konzentrieren, die den Taiwanern auf den Nägeln brennen. Auch verenge Taiwan seinen diplomatischen Handlungsspielraum, indem

es einen UNO-Beitritt gleichsam zu erzwingen versuche.

Noch mehr als auf die erneut gescheiterte Antragstellung beziehen sich diese Bedenken auf die Referendumspläne, die vor allem in Washington für Missstimmung sorgen (s. hierzu die folgenden Dokumentationen). (TT, 2., 14., 17.8., 23.9.07; WSJ, 17.9.07; ST, 13.8., 20., 23.9.07; CNAT, nach BBC PF, 13., 22.9.07)

Taiwan in die UNO? KMT und öffentliche Meinung sagen Ja

Dass die Regierungspartei DPP mit ihrem Plan, die Bevölkerung für einen UNO-Beitritt des Landes votieren zu lassen, die nötigen gesetzlichen Hürden nehmen wird, ist mittlerweile abzusehen. Nun stehen jedoch für Januar und März 2008 Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen an. Da erscheint es der großen Oppositionspartei KMT, die ohnehin von der DPP gern festlands oder kommunistenhörig gescholten wird, kaum opportun, sich pauschal gegen einen UNO-Beitritt zu wenden. Andererseits konnte sie den Plan ihrer politischen Gegnerin auch schlecht gutheißen. So wird der Wähler im kommenden Jahr (voraussichtlich im Zuge der Präsidentschaftswahl) wohl gleich zweimal die Frage vorgelegt bekommen, ob Taiwan den Vereinten Nationen beitreten solle. Der einzige Unterschied: Während die DPP für einen Beitritt unter dem Staatsnamen „Taiwan“ wirbt, möchte die KMT die Namensfrage offen lassen, um einen Antrag unter einem noch zu findenden neuen Namen, vorzugsweise aber – wie schon dreizehn gescheiterte Male vorher – unter dem offiziellen Staatsnamen „Republik China“ einreichen

zu können.

Dass die KMT gut daran tut, sich – vermutlich wider besseres Wissen – nicht offen gegen ein Referendum zum UNO-Beitritt zu stellen, erhellt das Ergebnis einer Meinungsumfrage, die der Rat für Festlandsfragen (MAC), Taiwans Chinaministerium, im August bekannt gab. Demnach lehnten 78% der befragten Taiwaner die Aussage ab, dass Taiwan als Teil Chinas nicht für eine UNO-Mitgliedschaft qualifiziert sei, und 73,4% sprachen sich dafür aus, dass Taiwan unter ebendiesem Staatsnamen der UNO beitreten solle. 67% sehen zudem in China den Hauptschuldigen für die Ablehnung bisheriger Beitrittsanträge.

Ende August/Anfang September führte ein taiwanisches Forschungsinstitut eine weitere Umfrage zum angesprochenen Themenkomplex durch und kam zu ähnlichen Ergebnissen:

- 76% der Befragten widersprechen der These, dass Taiwan ein Teil der VR China sei,
- 79% weisen eine entsprechende Aussage Ban Ki-moons zurück, nur 10% stimmen ihr zu,
- 75% sehen Taiwan als unabhängigen Staat an,
- 67% unterstützen die Bemühungen der Regierung um einen Uno-Beitritt,
- 56% finden eine Volksabstimmung zum UNO-Beitritt richtig.

Selbst wenn der taiwannationalistische Hintergrund der Auftraggeber die Umfrageergebnisse mit geprägt haben sollte, kann an der Grundtendenz kein Zweifel bestehen: Die Taiwaner möchten nicht länger Weltbürger zweiter Klasse sein, und sie sehen sich in dieser Haltung durch die großen Par-

teien bestätigt, die beide ein Ende dieser Diskriminierung fordern.

Wenn es nun zu zwei voneinander unabhängigen Referenden kommt, die sich sachlich kaum voneinander unterscheiden, können die Bürger gleich zweimal mit Ja stimmen. Wie weit die Wähler jedoch den Antrag der KMT honorieren, der nicht mehr bietet als ein Verlegenheits-„Jei“ zum DPP-Original, bleibt abzuwarten.

Sicher scheint, dass es auch der KMT gelingen wird, genügend Unterstützer zu finden. Bis Anfang September lagen bereits 450.000 jener rund 820.000 Unterschriften vor, die nötig sind, ehe die gesamte Wählerschaft befragt werden kann.

Um der Forderung nach UNO-Mitgliedschaft Nachdruck zu verleihen, riefen DPP und KMT Mitte September zu Kundgebungen auf. Im südtaiwanischen Kaohsiung versammelten sich am 15. September zu dem Zweck nach verschiedenen Angaben 100.000 bis 300.000 DPP-Anhänger; die KMT brachte am selben Tag im zentraltaiwanischen Taichung etwa 50.000 Fürsprecher auf die Beine. Eine Gegendemonstration von Chinanationalisten, die sich gegen einen UNO-Beitritt wenden, fiel in der Hauptstadt Taipei mit nur 12.000 Teilnehmern erwartungsgemäß dürrig aus. (TT, 19., 30.8., 2., 6., 7., 16.9.07; CNAT, nach BBC PF, 5., 15.9.07; SCMP, 9., 16.9.07; WSJ, 15.9.07; ST, 15.9.07; FAZ, 17.9.07; www.mac.gov.tw, 1.10.07)

Taiwan in die UNO? Warnungen vor dem Referendum

Taiwans Spannungen im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten haben sich im August und September noch einmal verschärft. Prä-

sident Chen Shui-bians taiwanpolitische Alleingänge sowie die Weigerung der Opposition, dringend benötigten Rüstungseinkäufen in den USA zuzustimmen, hatten die Beziehungen schon seit Jahren belastet. Mit seinem Vorhaben, das Volk über einen UNO-Beitritt abstimmen zu lassen, überschritt Chen aber bereits im Sommer eine rote Linie (vgl. C.a., 4/2007:165-167). Washington wurde nun noch deutlicher. Der stellvertretende US-Außenminister John Negroponte erklärte gegenüber dem Hongkonger Fernsehsender Phoenix am 27. August, das Referendum sei ein Fehler, denn es bedeute einen Schritt in Richtung formaler Unabhängigkeit und eine Änderung des Status quo, Chen habe sein Versprechen gebrochen, den Status quo nicht anzutasten, und Taipei solle alles unterlassen, was als Provokation gewertet werden könne.

Noch deutlicher wurde drei Tage später Dennis Wilder, der für den Fernen Osten Zuständige im Nationalen Sicherheitsrat in Washington: Taiwan sei derzeit kein Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft; das geplante Referendum sei „verwirrend“, nicht zielführend und verschärfe nur die Spannungen an der Taiwanstraße. Die Äußerung stieß in der taiwanischen Medienlandschaft auf erhebliche Beachtung. Demonstranten verbrannten vor der inoffiziellen Botschaft der USA in Taipei die US-amerikanische Flagge.

Das US-Außenministerium präziserte Mitte September, dass man Chen Shui-bians Referendumsfrage vor allem wegen der darin vorgesehenen Staatsbezeichnung „Taiwan“ ablehne: Ein solches Votum sei schließlich für die Regierung bindend. Im schwierigen Feld der Beziehungen zwi-

schen Taiwan und China spielten Symbole nun einmal eine große Rolle und könnten Ursache eines (militärischen) Konflikts werden. Die von Taibei ausgehenden Provokationen verschreckten zudem Taiwans Freunde.

Die Regierung in Taibei wischte in öffentlichen Erklärungen sämtliche Kritik beiseite und versuchte, durch seltsame rhetorische Winkelzüge offensichtliche Tatsachen zu vertuschen oder umzudeuten. So bedeutet das Referendum zum UNO-Beitritt laut Außenminister James Huang (Huang Zhi-fang) keine Änderung des Status quo, obwohl es diesen offensichtlich massiv gefährdet. Laut Präsident Chen bedeutet der Versuch, den Vereinten Nationen unter dem Namen „Taiwan“ beizutreten, weder eine offizielle Namensänderung noch eine Unabhängigkeitserklärung. Tatsächlich würde der Schritt beides implizieren. Hinsichtlich des Status quo ist Präsident Chen der Ansicht, er bestehe darin, dass Taiwan nicht Teil der VR China sei, aber das ist nach allgemeiner Überzeugung allenfalls die halbe Wahrheit, zählt doch zum Status quo auch, dass Taiwan die Frage seiner Unabhängigkeit nach außen hin offen lässt. Der Leiter der Regierungspressestelle Shieh Jhy-wei (Xie Zhiwei) stellte sich auf den Standpunkt, das Referendum sei eine innere Angelegenheit Taiwans. Auch dies geht erkennbar an den Tatsachen vorbei, und zwar umso mehr, als die Volksbefragung nicht dazu dient, eine Streitfrage zu klären, sondern als Deklamation gegenüber der Weltöffentlichkeit veranstaltet wird.

Gegenüber dem US-amerikanischen Vertreter in Taibei kritisierte Chen Shui-bian, die USA stellten sich immer mehr

auf die Seite Chinas. Dabei hat sich an der grundsätzlichen Position der USA nichts geändert. Sehr wohl geändert hat sich durch das blinde Streben Chen Shui-bians, sich ein Denkmal zu setzen, allerdings der bisherige Kontext: Solange man in Taibei um die Grenzen des Erreichbaren wusste und sie respektierte, konnten die USA Taiwan im bilateralen Verhältnis unter der Hand als eigenständigen Staat behandeln. Nun, da sich Taibei nicht mehr an die Spielregeln halten will, wurden eindeutige Stellungnahmen zu Taiwans eingeschränkter Souveränität unausweichlich.

Die US-amerikanische Kritik am Vorgehen Taibeis ist im Übrigen in dessen wohl verstandenem Sinn: Nur so kann Beijing davon überzeugt werden, dass eine militärische Intervention zur Wahrung der eigenen Interessen nicht nötig sei.

Dass die von Präsident Chen heraufbeschworene Krise friedlich vorübergehen wird, darf man noch aus einem anderen Grund erhoffen: In Beijing hat man begriffen, dass Drohungen Richtung Taibei die Unabhängigkeitsbefürworter stärken und die Wahlchancen der DPP und ihrer Kandidaten erhöhen können. Hält man sich dagegen zurück und überlässt es den USA, Taiwan die Leviten zu lesen, besteht die Chance, dass sich mit den kommenden Wahlen ein Machtwechsel zugunsten der KMT und ihres Präsidentschaftskandidaten Ma Ying-jeou (Ma Yinjiu) vollzieht. Zwar ist Ma mit seinen wiederholten chinakritischen Äußerungen auch nicht gerade Beijings Wunschkandidat (und veranstaltet zudem sein eigenes UNO-Referendum), aber immerhin sieht man hier deutlich mehr Chancen auf eine politische Annäherung und mag das

Referendum als Wahlkampfstrategie durchgehen lassen.

Es ist denkbar und vielleicht wahrscheinlich, dass Präsident Chen ähnlich kalkuliert und daher die Gunst der Stunde nutzt, für Taiwan auszureizen, was möglich ist. Gegenüber dem *Wall Street Journal* erklärte Chen in einem Interview, wenn er die Sorgen der USA nicht ernst nähme, hätte er ganz andere Dinge initiieren können, ein Referendum zu Taiwans Unabhängigkeit beispielsweise oder eine Änderung des Staatsnamens in der Verfassung. Gleichwohl stellt das Referendum Beijing vor ein Dilemma: verschließt man die Augen vor der Provokation, verliert man die Glaubwürdigkeit, reagiert man, schädigt man die eigenen Interessen, die nach einem friedlichen Entwicklungsumfeld verlangen. Präsident Chen spielt hier ein riskantes Spiel. Und selbst wenn das von ihm initiierte Referendum still über die Bühne gehen sollte, wird Taiwan sich damit schädigen. Gegenüber einem Taiwan, das international quasi unsichtbar war, duldet man in Beijing, dass es eine Fülle von halboffiziellen Beziehungen zu vielen Staaten unterhielt. Seit Chen Shui-bian eine immer offener taiwannationalistische Politik verfolgt, verstärkt Beijing erkennbar seine Bemühungen, Taiwans internationalen Spielraum einzuschränken, und wird diese Anstrengungen nach einem De-facto-Unabhängigkeitsvotum noch verschärfen. Die daraus folgende Isolation könnte Taiwan dazu nötigen, ausdrücklich auf das zu verzichten, was Chen Shui-bian anstrebt: Unabhängigkeit. (ST, 29., 30.8., 13., 14.9.07; TT, 21.6., 30.8., 2., 5., 8., 11., 17.9.07; SCMP, 1., 14., 19.9.07; CNAT,

nach BBC PF, 13., 14.9.07)

DPP verabschiedet Taiwan-Resolution

Die Regierungspartei DPP hat als Losung ausgegeben, dass Taiwan ein normales Land werden soll. Um dieses Ziel, dem auch die UNO-Mitgliedschaft dienen soll, programmatisch zu verankern, verabschiedete der Parteitag Ende September eine Resolution „Normales Land“, die gleichzeitig die derzeitigen Hauptanliegen der Partei zusammenfasst.

Eingangskonditionen konstatiert die Resolution, dass Taiwan ein unabhängiger und nicht zu China gehörender Staat sei. Sodann werden folgende Punkte hervorgehoben, bei denen es Taiwan an Normalität mangle:

- bei den internationalen Beziehungen (aufgrund der Unterdrückung durch China),
- bei der verfassungsmäßigen Ordnung (die einst auf ganz China zugeschnitten war),
- bei der nationalen Identität,
- beim Maß an sozialer Gerechtigkeit,
- beim politischen Wettbewerb (aufgrund der Vermögenswerte, die sich die KMT aneignen konnte).

Um mehr Normalität herzustellen, solle sich die Regierung folgende Ziele setzen:

- ausgehend von Taiwan als einer Schicksalsgemeinschaft die Demokratie und das taiwanische Selbstbewusstsein stärken, unter dem Namen „Taiwan“ internationalen Organisationen beitreten, den Staatsnamen ändern, eine neue Verfassung verabschieden und zu gegebener Zeit das Volk über Taiwans Unabhängigkeit abstimmen lassen;

- die christliche Jahreszählung übernehmen (bislang Jahr 1 der Republik = 1912 n. Chr.);
- in Kultur, Sprache etc. die taiwanische nationale Identität stärken;
- das Leben der Bürger durch eine wirtschaftliche Entwicklung verbessern, die die Sicherheit des Staates, die soziale Gerechtigkeit und die Nachhaltigkeit berücksichtigt;
- von der KMT deren unrechtmäßig angeeignetes Vermögen zurückfordern und die Zeit des „weißen Terrors“ aufarbeiten.

Die Resolution trägt die Handschrift des Parteivorsitzenden Yu Shyi-kun (You Xi-kun), der zu den klaren Unabhängigkeitsbefürwortern zählt und mit dieser Resolution in Abkehr von der bisherigen Linie, die auf Wahrung des Status quo setzte, die alte Zielvorstellung der DPP von einem auch de jure unabhängigen Taiwan wiederbelebt. Yu steht darin im Gegensatz zu dem DPP-Präsidentschaftskandidaten Frank Hsieh, der eine moderate Linie verfolgt – und allein mit einem Programm, das auf eine Verständigung mit China zielt, die für einen Wahlsieg nötigen Stimmen in der politischen Mitte gewinnen können. Es kam daher um die Formulierung der Resolution innerparteilich zu nicht unerheblichen Auseinandersetzungen. Yu Shyi-kun hatte insbesondere festschreiben wollen, dass Taiwan seinen offiziellen Staatsnamen vom jetzigen „Republik China“ zu „Taiwan“ ändert, konnte sich damit im Zentralkomitee jedoch nicht durchsetzen. Auf dem Parteitag versuchte er erneut, seine Version durchzubringen, erhielt jedoch nur 43 von 328 Delegiertenstimmen – ein

Grund mehr für seinen bereits zuvor angekündigten Rücktritt (s. separate Dokumentation in diesem Heft). Taiwans zukünftiger Staatsname bleibt also zunächst offen.

Frank Hsieh und seine Fraktion, namentlich sein Wahlkampfteam, empfinden allerdings auch die entschärfte Fassung nicht als hilfreich für den Wahlkampf, auch wenn Hsieh sie nach außen unterstützte. Kritiker Yu Shyi-kuns führten schlechtere Umfragewerte für Frank Hsieh sogar auf die Aktivitäten des Parteivorsitzenden zurück, der sich mit der Resolution, so ein DPP-Abgeordneter, ein Denkmal setzen wolle. Ein Politikratgeber Frank Hsiehs erklärte, im Wahlkampf wolle man sich auf Innen- und Wirtschaftspolitik konzentrieren und chinabezogene Fragen der Partei überlassen.

Allerdings betrifft nur ein Teil der Resolution china- bzw. unabhängigkeitsbezogene Angelegenheiten. Andere Teile sind weniger strittig oder gar parteiübergreifend akzeptabel. Auch eine Übernahme der christlichen Jahreszählung sollte erreichbar sein; freilich könnte auch diese den Grabenkämpfen zwischen den verfeindeten politischen Lagern, für die Symbole oft mehr zählen als praktische Argumente, zum Opfer fallen. Schließlich kommt die „Republik China“ im täglichen Leben nirgends häufiger vor als beim Datum und beim Geld. (TT, 2., 3., 8., 14., 18., 22., 24., 29., 30.8., 1.10.07; FT, 31.8.07; CNAT, nach BBC PF, 27., 30.9.; www.dpp.org.tw, 2.10.07)

DPP-Politiker unter Korruptionsanklage – Vorsitzender tritt zurück

Gegen drei prominente Politiker der Regierungspartei DPP erhob die Staatsanwaltschaft im September 2007 Anklage wegen des Verdachts auf Veruntreuung: gegen den Parteivorsitzenden und früheren Ministerpräsidenten Yu Shi-yi-kun (Yu Xikun), den früheren Außenminister Mark Chen (Chen Tangshan) und gegen die amtierende Vizepräsidentin des Landes Annette Lü (Lü Xiulian). In allen drei Fällen geht es um die angeblich unkorrekte Verwendung von Mitteln aus einem Spesenkonto, über das sie als Amtsträger verfügen. Wie schon im Falle Ma Ying-jeous, der nach einer Anklage in gleicher Sache im Februar vom Vorsitz der Nationalen Volkspartei KMT zurücktrat (und unterdessen freigesprochen wurde – siehe separate Dokumentation), geht es auch in diesen neuerlichen Fällen um die Frage, ob die Spesenzuwendungen als persönliches Einkommen zu werten sind oder nicht (vgl. C.a., 2/2007:156-158). Dies war in der Vergangenheit nicht eindeutig geregelt (vgl. C.a., 6/2006:157).

Lü erklärte, die Anklage komme für sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie habe nichts aus dem Sonderfonds in die eigene Tasche gesteckt, und ihre Integrität sei über jeden Zweifel erhaben. Im selben Sinne äußerte sich auch Yu Shi-yi-kun, der jedoch entsprechend den Parteiregularien, die im Falle einer Anklage das Ruhen der Mitgliedschaft vorschreiben, für Ende September seinen Rücktritt vom Parteivorsitz ankündigte.

Als in der Parteiführung jedoch be-

schlossen wurde, bei der Taiwanresolution (s. vorhergehende Dokumentation) nicht Yus Vorschlag zu folgen, sondern hinsichtlich des zukünftigen Staatsnamens eine offene Formulierung zu wählen, warf Yu sein Parteiamt sofort hin – gegen den ausdrücklichen Wunsch von Präsident Chen Shui-bian, er möge den DPP-Vorsitz bis zur Präsidentenwahl im März 2008 fortführen.

Wer an Yus Stelle treten wird, war Anfang Oktober noch offen. Viele sprechen sich für Chen Shui-bian aus, der die Parteileitung bereits früher innehatte. (CNAT, nach BBC PF, 22., 25., 27.9.07; SCMP, 23.9.07; TT, 24.9.07; ST, 27.9.07)

Ma Ying-jeou: Gericht erkennt auf „nicht schuldig“ – einstweilen

Die Chancen der Oppositionspartei KMT, mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) im März 2008 einen Machtwechsel zu erreichen, sind wieder gestiegen: Ma wurde am 14. August 2007 nach sechsmonatiger Gerichtsverhandlung vom Vorwurf freigesprochen, in seiner Amtszeit als Bürgermeister von Taipei 11 Mio. TWD aus einem Spesenkontokonto veruntreut zu haben. Ma war deswegen im Februar vom KMT-Vorsitz zurückgetreten. Die Anklage hatte die Opposition umso mehr schockiert, als der populäre Ma stets als unbestechlich gegolten hatte und seine glänzenden Aussichten, nächster Präsident Taiwans zu werden, plötzlich dahinschwanden.

Mit dem Freispruch hat Ma zwar fürs Erste einen Erfolg errungen, der sich in politischer Münze auszahlen könnte, doch ob es dabei bleibt, ist nicht sicher: Die

Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Damit dürfte sich eine endgültige Klärung bis kurz vor der Wahl hinziehen. (SCMP, 14., 15., 18.8.07; TT, 18.8.07)

Expremier Su kandidiert für Vizepräsidentenschaft

Am 12. August 2007 gab Frank Hsieh (Xie Changting), Kandidat der unabhängigkeitsorientierten Regierungspartei DPP für die kommende Präsidentenwahl, seine Entscheidung bekannt, wer als Kandidat für die Vizepräsidentenschaft an seiner Seite in den Wahlkampf ziehen sollte: Zur Überraschung vieler Beobachter benannte er seinen großen innerparteilichen Rivalen Su Tseng-chang (Su Zhenchang). Nachdem beide im Zuge der innerparteilichen Kür des Präsidentschaftskandidaten kräftig aneinandergeraten waren und einander diffamiert hatten (vgl. C.a., 3/2007:140f.), war das Verhältnis zwischen ihnen persönlich wie auch zwischen ihren jeweiligen Anhängern so gestört, dass die jetzt gewählte Kombination kaum als wahrscheinlich galt, umso weniger, als Su nicht willens schien, unter Hsieh als Nummer zwei anzutreten. Vielmehr hatte zuletzt Yeh Chu-lan (Ye Julian) als Favoritin gegolten, die sich als Transportministerin und spätere Bürgermeisterin der südtaiwanischen Metropole Kaohsiung einen Namen gemacht hatte.

Su erklärte sich zu der Kandidatur bereit, und der ständige Ausschuss der Parteileitung gab bekannt, Hsiehs Entscheidung zu unterstützen.

Mit Su entschied sich Hsieh für das stärkste Pferd, dass die DPP überhaupt im Stall hat. Su, bis Mai 2007 Ministerpräsident, war zuvor unter anderem Land-

rat des Kreises Taipei, Präsidentenberater und DPP-Vorsitzender. Chinapolitisch zählt der 60-Jährige zu den Pragmatikern und liegt damit auf derselben Linie wie Frank Hsieh. Su stammt zwar aus Südtaiwan (Kreis Pingtung), da er aber einen Teil seiner politischen Karriere im Norden – eben im Kreis Taipei – machte und generell einen guten Ruf als Stimmenfänger genießt, stärkt Hsieh mit Sus Wahl seine Aussichten, auch außerhalb der südtaiwanischen DPP-Hochburgen Wähler von sich zu überzeugen.

Dieser Befund wird auch von Meinungsumfragen unterstützt, in denen sich Su gegenüber Yeh Chu-lan stets klar als populärere Alternative erwies. Frank Hsieh hatte, so gesehen, kaum eine anderen Wahl, denn derzeit liegt der Oppositionskandidat Ma Ying-jeou mit seinem Vizekandidaten Vincent Siew bei Umfragen klar vor dem Hsieh-Su-Team – um 11 bis 30 Prozentpunkte. Ohne Su sähe es für Hsieh und die DPP noch düsterer aus. Ein innerparteilicher Aspekt kommt hinzu: Hsieh bindet mit seiner Entscheidung die Su-Fraktion in der DPP ein, verhindert Querschüsse und mobilisiert die Basis auf möglichst breiter Front. Yeh Chu-lan stellte er für den Fall des Wahlsiegs einen hohen Regierungsposten in Aussicht. Einstweilen soll sie als Wahlkampfleiterin fungieren. Abzuwarten bleibt aber, wie sich das persönliche Verhältnis der einstigen Rivalen zueinander entwickelt. Es könnte sich auch als Belastung erweisen. (ST, 16., 17.8.07; TT, 16., 17., 21., 26.8.07)

Kontroll Yuan: Oberste Richter rügen Nominierungsboykott

Der Kontroll Yuan, neben dem Exekutiv Yuan (d.h.: der Regierung), dem Legislativ Yuan (Parlament), dem Prüfung Yuan und dem Justiz Yuan eine der fünf zentralen Verfassungsorgane gemäß der auf den Republikgründer Sun Yatsen zurückgehenden Fünf-Gewalten-Teilung, ist in Taiwan für die Kontrolle der Verwaltung zuständig und nimmt entsprechende Beschwerden entgegen. Seit Anfang des Jahres 2005 jedoch ist er lahmgelegt, denn nachdem die Amtszeiten der früheren höchsten Staatsrevisoren Ende 2004 ausliefen, wurden die Posten nicht neu besetzt. Grund: Die Opposition weigerte sich mit ihrer Parlamentsmehrheit, eine vom Präsidenten eingereichte Nominierungsliste auf die Tagesordnung zu setzen, da ihr die Namen nicht gefielen. Inzwischen hat sich ein Berg von über 47.000 Amtsbeschwerden aufgestaut, die seit zweieinhalb Jahren unerledigt liegen bleiben. Auch die regelmäßigen Prüfungsaufgaben bezüglich der Amtsführung und Mittelverwendung, die der Tätigkeit eines Rechnungshofes entsprechen, unterblieben seit Anfang 2005.

Im August legten die obersten Richter nunmehr ein Rechtsgutachten vor, in dem sie die Weigerung des Parlaments, die Kontrolleure zu nominieren, für verfassungswidrig erklärt. Das Parlament beschädige die verfassungsgemäße Ordnung, wenn es verhindere, dass ein anderes Verfassungsorgan seiner Aufgabe nachkomme.

Erwartungsgemäß zeigte sich die Opposition uneinsichtig. KMT-Generalsekretär Wu Den-yih (Wu Dunyi) erklärte rundhe-

raus, die Richter überschritten ihre Kompetenz. Das Parlament habe von ihnen keine Anweisungen entgegenzunehmen. Im Übrigen sei der Präsident Schuld an der Situation, da er seine Vorschlagsliste nicht sorgfältig genug erstellt habe. Deutlich zurückhaltender fiel der Kommentar des KMT-Präsidentschaftskandidaten Ma Ying-jeou aus: Er erwarte, dass die Legislative nunmehr über die Vorschlagsliste berate und dass alle zusammenarbeiteten, um die Blockade zu überwinden.

Der Präsident hatte sich bereits Ende 2006 bereit erklärt, eine neue Nominierungsliste zu erarbeiten, sofern die Legislative zusagt, über diese auch abzustimmen, und die Parteien gebeten, ihm entsprechende Vorschläge einzureichen. Dazu kam es jedoch bislang nicht.

Unterdessen stand ein ganz ähnliches Nominierungsverfahren bei den obersten Richtern des Landes an: Acht Sitze waren nach Vorschlag durch den Präsidenten neu zu besetzen. Die Opposition billigte im Parlament aber nur vier davon. Die Verfassungskrise, in der Taiwan steckt, weitet sich damit noch aus. Dass die Wähler das Parlamentstheater längst leid sind, kümmert die Fraktionen kaum. (TT, 16., 17., 20.8., 18., 28.9.07)

Taiwan verbannt Landminen

Die dem chinesischen Festland vorgelagerte Insel Kinmen (Jinmen, Quemoy) wurde in den 1950er Jahren zu einer Festung ausgebaut und vermint: mit über 100.000 Minen, verteilt auf alle küstennahen, von Taiwan verwalteten Inseln, von denen Kinmen jedoch die mit Abstand größte und wichtigste ist.

Unterdessen sind die Minen zu einer Entwicklungshürde für die Insel geworden. Die Minenfelder stehen vor allem der touristischen Entwicklung im Weg. Nachdem Vizeaußenminister Yang Tzu-pao (Yang Zibao) Ende August eine Deklaration unterzeichnete, die die Herstellung, die Ausbringung und die Lagerung von Landminen untersagt und damit einem von 152 UNO-Mitgliedsstaaten unterzeichneten Abkommen aus dem Jahr 2004 entspricht, hat das Heereskommando für die nächsten zwei Jahre 520 Mio. TWD (11 Mio. EUR) zum Minenräumen auf Kinmen bereitgestellt. Damit wird einem Parlamentsbeschluss vom vergangenen Jahr entsprochen, in dem die vollständige Beseitigung aller Landminen von Kinmen und dem kleineren Matsu (Mazu) binnen sieben Jahren verlangt wurde. Insgesamt werden 4,2 Mrd. TWD veranschlagt, um dieses Ziel zu erreichen.

Kinmen und die anderen Frontinseln haben heute längst nicht mehr die militärische Funktion, die sie zu Zeiten der Diktatur besaßen, als in Taiwan noch von der Rückeroberung des Festlands geträumt wurde. Schon Anfang der 1990er Jahre wurden Restriktionen für die Zivilbevölkerung auf den Inseln nach und nach aufgehoben. Auch die Zahl der dort stationierten Truppen wurde deutlich reduziert. Sollte China Taiwan erobern oder seine Häfen blockieren wollen, wird dies auf dem heutigen Niveau der Militärtechnik durch noch so große Aufrüstung der Frontinseln nicht verhindert werden können. Taiwan würde sich in dem Falle wohl ganz auf die Verteidigung der Hauptinsel sowie der Pescadorenen konzentrieren.

Dagegen stehen die Chancen gut, dass die Inseln in Zeiten wachsenden Fremdenverkehrs von einer Entmilitarisierung profitieren werden. Sie sind vom Festland aus im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs dank regelmäßig verkehrender Fähren für Bürger der VR China direkt und auf kurzem Wege erreichbar. Mit rund 33.500 festländischen Kinmen-Besuchern in den Monaten Januar bis August 2007 ist dieser Tourismus immerhin noch ausbaufähig. Obendrein fügt sich die Minenräumung gut ins Bild eines friedliebenden Landes ein, das Taiwan gegenüber der Weltöffentlichkeit bieten möchte. Unabhängig davon will Taipei den Verteidigungsetat im kommenden Jahr um 15% aufstocken. Experten fordern angesichts des übermächtigen China seit langem größere Rüstungsanstrengungen. Ob das Parlament die Pläne billigt, ist jedoch ungewiss. Nachdem es aber selbst das Minenräumen beschloss, dürfte zumindest dieser Etatposten passieren. (TT, 23., 28.8., 24.9.07; <http://www.mac.gov.tw>, 8.10.07)